

Das Steuer- und Grollblatt

Magazin der Deutschen
Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin

Ausgabe 4
Jahrgang 2024

Themen:

- DSTG Bezirksgruppenversammlung im FA Schöneberg
- Personalrätegrundschulung
- DSTG Berlin initiiert Personalrätekonferenz
- Bundestarifkommission
- GJAV-Wahlen



DSTG Berlin im Gespräch mit der Verwaltung



DSTG

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot ist bis zum 31.12.2024 befristet.

In Kooperation mit **ntv**



Bester Baufinanzierer
bundesweit



Kategorie: Effektivzinsen 10 Jahre fest
Im Test: 52 Institute / Zeitraum: Jan. bis Dec. 2023
fmh.de/award

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



das Jahr 2024 ist wieder ein Wahljahr. Ein „Superwahljahr“ könnte man fast sagen.

Am 9. Juni 2024 werden in der Bundesrepublik Deutschland die Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt, in vielen Bundesländern werden Landtage und Kommunalver-

tretungen gewählt und Ende des Jahres dürfen die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung wieder ihre Frauenvertretungen und die Personalräte wählen.

Aber den Anfang dürfen am 15. Mai 2024 die Jugendlichen und die Auszubildenden machen. Sie wählen ihre Vertretung als örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretung im Finanzamt, für die Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung der Berliner Finanzämter und die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung für den Berliner Öffentlichen Dienst. Die DSTG Jugend geht wieder mit einem Team aus erfahrenen Personalvertreterinnen und Personalvertretern sowie neuen und engagierten Kolleginnen und Kollegen ins Rennen. Bereits in der abgelaufenen Wahlperiode konnten DSTG, DSTG Jugend und GJAV einige Erfolge verzeichnen und sich für die Interessen der Anwärterinnen und Anwärter stark machen. Als DSTG haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass das Wahlalter für das aktive Wahlrecht aufgehoben wird und alle Anwärterinnen und Anwärter, auch diejenigen, die das 27. Lebensjahr bereits vollendet haben, an der Wahl teilnehmen können. Auch wenn wir es für diese Wahl noch nicht durchsetzen konnten, gehen wir davon aus, dies im Rahmen einer im Jahr 2025 anstehenden Änderung des Personalvertretungsgesetzes zu erreichen.

Eine starke Jugend- und Auszubildendenvertretung ist derzeit besonders notwendig. Die Ergebnisse der Zwischenprüfung des Einstellungsjahrgangs 2023 haben gezeigt, dass noch viel zu tun ist. Dass es wichtig ist, sich für eine gute und zielgerichtete Ausbildung einzusetzen.

Die Landesleitung der DSTG Berlin wünscht Kim und Ihrem Team viel Erfolg bei den Wahlen. Denn „sie sind Stark für Dich und Deine Ziele“.

Auch weitere Großprojekte, außerhalb der Ausbildung, stehen an.

Die Betriebsprüfungsstellen werden das Programm PINGO zum Jahresende einführen, was einen erheblichen Schulungsbedarf zur Folge hat.

Weiterhin müssen sie die zum 01.01.2024 geänderten Größenklassen auf die in ihrem Finanzamt geführten Betriebe anwenden. Die neuen Größenklassen werden zu einer erheblichen Reduzierung der Großbetriebe führen, einige Finanzämter fürchten, künftig gar keine Großbetriebe mehr zu haben. Die DSTG hat zu den Änderungen der Größenklassen in der Vergangenheit bereits ausführlich Stellung genommen. Wir haben deutlich gemacht, dass diese Änderung nicht zu einem Mehr an Steuergerechtigkeit führen wird. Nun wird abzuwarten sein, wie sich die Änderung auf die tägliche Praxis in den Finanzämtern auswirkt. Der DSTG wurde immer zugesagt, dass die Änderung der Betriebsgrößenklassen keine Auswirkungen auf die Stellensituation der Berliner Finanzämter hat. Auch dies werden wir beobachten. Des Weiteren wird mit der Evaluation der Organisationsstruktur der Finanzämter begonnen. Es geht um nichts weniger als die Frage: „Wie werden und wie wollen wir in Zukunft arbeiten?“ Und diese Frage muss dringend und unter Beteiligung der Beschäftigten beantwortet werden. Das derzeitige Organisationsmodell benötigt einen großen Personalkörper, den wir nicht mehr haben und der weiterhin schrumpft. Es hat dazu geführt, dass viel „Spezialwissen“ verloren gegangen ist. Kolleginnen und Kollegen, gerade im F/E- und B/E-Bereich, müssen sich in einer erheblichen Vielzahl von Gesetzen und Rechtsnormen zurechtfinden und viele verschiedene Computerprogramme beherrschen. Dies führt häufig zu Überforderung und auch Frustration in den Dienststellen. Deshalb ist es wichtig, das Thema jetzt anzugehen und die Finanzämter sicher und zukunftsfähig aufzustellen.

Denn nach den bisherigen Berichten werden viele von uns wohl noch eine Weile hier arbeiten. Dass das Pensionsalter auf 67 Jahre angehoben wird, war uns allen klar. Nur wann, wie wird das ausgestaltet und welche Gegenleistung gibt es dafür, das ist noch nicht klar. DSTG Berlin und dbb berlin haben aber bereits geäußert, dass sie bei einer längeren Lebensarbeitszeit auch eine Angleichung der Besoldung an das Bundesniveau erwarten. Und vielleicht kann man die längere Arbeitszeit ja auch mit weiteren Erfahrungsstufen attraktiver machen, denn auch bei verbleibenden 30 Jahren in der Endstufe gewinnen wir immer noch an Erfahrung hinzu.

Liebe Grüße

Oliver Thiess

Bezirksgruppenversammlung im Finanzamt Schöneberg



In der am 11. April 2024 gut besuchten Bezirksgruppenversammlung der DSTG im FA Schöneberg gab der Bezirksgruppenvorsitzende Martin Güntzel einen Tätigkeitsbericht über die im zurückliegenden Zeitraum vom Vorstand der DSTG im FA Schöneberg geleistete Gewerkschaftsarbeit ab. Weiterhin gab er einen Ausblick auf die in diesem Jahr stattfindenden Jugend- und auch Personalratswahlen. Zusammen mit

dem Personalratsvorsitzenden Ramazan Cevirgen stellte er die kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten für die JAV und den Personalrat vor. Einstimmig wurde von der Mitgliederversammlung beschlossen, dieses Kompetenzteam ins Rennen zu schicken.

Im Auftrag der Landesleitung hat der Ehrenvorsitzende der DSTG Detlef Dames einen Bericht über die erfolgreichen Verhandlungen zum Tarifvertrag im Land Berlin abgegeben. Gleichzeitig gab er einen Ausblick auf die Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich und die Absicht der Politik, in einem Stufenplan für die Beamtenschaft in Berlin die Bundesbesoldung einzuführen. Weiterhin konnte Dames ankündigen, dass noch in diesem Jahr beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Frage der amtsangemessenen Bezahlung der Beamtenschaft in der A-Besoldung getroffen werden soll.

Nach diesen ernsten Themen fand die Versammlung mit einem kollegialen Austausch zwischen den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ihren Ausklang.

Personalräte-Grundschulung 2024

Unter Anleitung der erfahrenen und ehemaligen Personalratsvorsitzenden Jürgen Köchlin und Detlef Dames fand Anfang April eine dreitägige Personalräte-Grundschulung im Finanzamt Berlin International statt. An der Schulung nahmen die neugewählten Personalratsmitglieder aus dem Finanzamt Berlin International und einige neu in diese Funktion gekommene Personalratsmitglieder aus anderen Finanzämtern teil.



Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden die Grundlagen des personalvertretungsrechtlichen Handelns unter Anwendung des Berliner Personalvertretungsgesetzes, den einschlägigen Gesetzen und weiteren Vorschriften, in Vorträgen und Diskussionsrunden vermittelt.

Die Dozenten legten insbesondere darauf Wert, einen Einblick in die Geschäftsführung eines örtlichen Personalrats zu geben. Im Austausch untereinander wurden dazu gesetzliche Bestimmungen, Erlasse, Runderlasse und ausgesuchte Rechtsprechungen diskutiert und kommentiert. Wichtige Beteiligungsrechte, wie vertrauensvolle Zusammenarbeit, Mitwirkung und Mitbestimmung, wurden ausführlich mit ausgewählten Beispielen erläutert. Die teilnehmenden Personalräte hatten Gelegenheit, mit den Experten ins Gespräch zu kommen, Fragen zu erörtern und Fallgestaltungen zu besprechen und zu lösen.

Die Schulungsteilnehmenden schätzten in diesem Seminar die lockere Atmosphäre und die Sachkompetenz der Dozenten, die ihre Kenntnisse in einer unterhaltsamen Art vermittelten.

DSTG Berlin im Gespräch mit der Senatsverwaltung

Die DSTG Berlin setzte am 9. April 2024 ihre erfolgreiche Gesprächsreihe mit Vertretern und Vertreterinnen der Berliner Verwaltung fort und traf Susanne Klose, Leiterin der Abteilung III der Senatsverwaltung für Finanzen, um sich mit ihr über die dringlichsten Herausforderungen der Berliner Finanzverwaltung auszutauschen.



IT – Mobiles Arbeiten schreitet voran

Im Fokus des Gesprächs stand die veränderte (mobilere) Arbeitswelt. Grundlage ist dabei eine entsprechende Hard- und Software-Ausstattung. Um möglichst vielen Beschäftigten eine möglichst mobile Arbeit zu gewährleisten, hat die SenFin Ausgaben für 400 Notebooks im Haushalt angemeldet. Nun muss jedoch noch geklärt werden, wie diese an die Beschäftigten ausgegeben werden. Ob dabei die One-Device-Strategie zum Ansatz kommt oder die bisherigen Thin Clients beibehalten werden, steht noch zur Diskussion. Bei der One-Device-Strategie haben Beschäftigte im Büro und am Ort des mobilen Arbeitens eine Docking-Station und transportieren das Notebook plus Zubehör zu beiden Orten.

Das bisher diskutierte Desk-Sharing in Folge der möglicherweise weniger benötigten Arbeitsplätze, sieht die Abteilungsleiterin kritisch. So würden die Finanzämter in der Berliner Verwaltung bereits den geringsten Platz einnehmen. Das Abgeordnetenhaus hatte 2023 beschlossen, dass alle Berliner Behörden 20 % ihrer Arbeitsfläche einsparen sol-

len, ohne dabei zu klären, ob dies für alle Finanzämter in Summe oder für jedes Amt einzeln gelten soll.

SenFin fördert Innovation

Die SenFin möchte das Arbeitsumfeld moderner gestalten. Sie hat die Amtsleitungen aufgefordert, mindestens einen Bereich zu definieren, der im jeweiligen Amt modernisiert werden kann.

Scannen Weiße Post

Derzeit ist das Verfahren *Scannen Weiße Post* noch nicht revisionssicher. Die Ursprungsdokumente müssen derzeit noch 20 Jahre aufgehoben werden. Zuständig für die Zurverfügungstellen von Archivräumen zur Aufbewahrung ist die Abteilung III der SenFin. Zwei andere Bundesländer sind derzeit im Zertifizierungsprozess für revisionssicheres Scannen. Die DSTG Berlin erwartet hier eine zeitnahe Übertragung. Die Idee des dezentralen Scannens wurde durch die SenFin bisher nicht weiterverfolgt, da dies zu viele Ressourcen, insbesondere Personalressourcen, binden würde. Die DSTG Berlin fordert die weiteren Verbesserungen beim Scannen.

Ausbildung

Im gehobenen Dienst bestanden nur 76 von 190 Anwärterinnen und Anwärter die Zwischenprüfung. Die SenFin bietet dabei den Anwärterinnen und Anwärtern, die die Prüfung nicht bestanden haben, an, die Ausbildung im mittleren Dienst am 1. August des Jahres zu beginnen. Aufgrund der hohen Quote des Nichtbestehens fehlen nun jedoch ausreichend Anwärterplätze im mittleren Dienst. Bisher fehlt es auch noch an Regelungen, wer und wieviele übernommen werden. Die DSTG Berlin fordert hier eine zügige Klärung, um für die betroffenen Anwärterinnen und Anwärter Klarheit herzustellen.

Da die Zeit bis zum Ausbildungsbeginn des mittleren Dienst lang ist, befürchtet die Landesjugendleitung der DSTG Berlin, die Kolleginnen und Kollegen bis dahin an andere Ausbildungsbetriebe zu verlieren. Sie schlägt vor, statt einer Entlassung die Idee einer Übergangsbeschäftigung in Form eines Quereinstiegs zu prüfen.

Eingruppierung muss geprüft werden

Der DSTG Berlin ist aufgefallen, dass tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen, die in der Entgelt

gruppe E6 eingestellt sind, im Festsetzungsbereich häufig höherwertige Tätigkeiten ausüben, die eine Bewertung nach E8 rechtfertigen können. Sie nutzte das Gespräch, diese Problematik bei Frau Klose anzubringen und forderte die zügige Höhergruppierung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Die Gewerkschaft hatte hierzu auch schon in einem DSTG INFO informiert. Sind Kolleginnen und Kollegen unzutreffend eingruppiert oder haben Zweifel an ihrer Eingruppierung, steht Ihnen Ihre DSTG-Bezirksgruppe und die DSTG-Landesleitung mit Rat zur Seite. Bei falscher Eingruppierung gewährt der dbb Mitgliedern der DSTG Berlin Rechtsschutz.



Personalbindung

Die Entfristung der Quereinsteigenden steigt stetig. Der damalige Finanzsenator Daniel Wesener hatte in Folge der Forderung der DSTG Berlin damit begonnen, die bisher befristet eingestellten Quereinsteigenden zu entfristen und so dauerhaft in der Berliner Finanzverwaltung zu halten. Von den bisher 90 angedachten Entfristungen sind 81 abgearbeitet. Von 40 weiterhin befristet eingestellten Quereinsteigenden wünschen ca. 15 eine Entfristung, diese werden sukzessive erfolgen. Hierbei sind auch die Amtsleitungen gefragt, zu klären, ob Quereinsteigende in den Ämtern eine Entfristung wünschen und dies an die SenFin zu melden.

Zukunft der Finanzverwaltung

Der bestehende Personalmangel wird in Zukunft durch die Altersabgänge noch verschärft. Außerdem besteht nun auch das Problem, dass sich immer weniger Menschen für eine Arbeit in der Finanzverwaltung interessieren. Die DSTG Berlin hat

nun gegenüber der SenFin die Prüfung der Einführung von Anwärter-Sonderzuschlägen im Sinne des § 63 Beamtenbesoldungsgesetz gefordert. Die Zahlung ist möglich, wenn ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besteht. Während einige Verwaltungen (z.B. Feuerwehr und Polizei) mit diesem Instrument der Personalgewinnung arbeiten, kommt es in der Finanzverwaltung noch nicht zum Einsatz. Die SenFin ist sich noch unsicher, ob derartige Zuschläge erfolgreich sein könnten. Frau Klose ist jedoch offen für dieses Thema und sagte zu, zu prüfen, ob man möglicherweise lebenserfahrene Menschen mit solchen Zuschlägen für eine Tätigkeit in der Finanzverwaltung gewinnen könnte.

Die DSTG Berlin nutzte die Gelegenheit auch, um das Konzept für einen vereinfachten Laufbahnwechsel vorzustellen. Dieses kann eine Tätigkeit in der Finanzverwaltung deutlich attraktiver gestalten. Weiterhin besprach die DSTG Berlin mit Abteilungsleiterin Klose die strukturellen Probleme der Finanzämter sowie die Überlegungen zu einer eher modularen und entfrachteten Ausbildung in den Grundlagen und einer späteren Weiterqualifizierung je nach Arbeitsbereich und Interesse.

Die DSTG Berlin führte ein konstruktives und positives Gespräch mit Frau Klose und konnte viele Forderungen und Überlegungen anbringen. DSTG-Berlin-Chef Oliver Thiess resümierte: „Wir haben einen guten Draht zur Verwaltung und stoßen mit vielen Ideen auf offene Ohren. Wir erleben eine positive Gesprächskultur, in der wir für die Beschäftigten zusammen mit der Verwaltung die besten Ergebnisse erzielen können.“

DSTG Berlin initiiert Personalrätekonferenz

Um die DSTG-Personalratsmitglieder besser zu informieren und vernetzen, initiierte die DSTG Berlin am 24. April 2024 eine Personalrätekonferenz. Geladen waren dabei nur DSTG-Mitglieder, die auch ein ordentliches Mitglied in einem örtlichen oder überörtlichen Personalvertretungsgremium sind, sowie die Jugend- und Frauenvertretungen und die Vertrauenspersonen.

Im Hofsaal der Finanzämter für Körperschaften II/IV trafen sich rund 50 Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter zum Informationsaustausch.



Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, ging in seinem Vortrag zur aktuellen Situation des Öffentlichen Dienstes im Land Berlin insbesondere auf die wieder entbrannte Diskussion zur Anhebung des Pensionseintritts und die längst überfällige Besoldungsanpassung ein. Gegenüber der Presse hatte

Becker das Vorhaben der Landesregierung scharf kritisiert: „Erst müssen die Besoldungsdefizite, unter denen die Berliner Landesbeamtinnen und -beamte seit vielen Jahren leiden, abgebaut werden, bevor eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch nur andiskutiert werden kann“. Er ging zudem auch auf die vielfältigen und umfangreichen Verfehlungen der Landespolitik der vergangenen Jahre ein. So gab es unter Anderem seit 2003 sechs Jahre keine Besoldungserhöhung, das Urlaubsgeld wurde gestrichen und das Weihnachtsgeld auf einen Rumpfbetrag gekürzt.

Becker berichtete außerdem, dass die Regierung an der Umsetzung eines Angebots für JobRad arbeite, aber dies aktuell keine Priorität habe. Das Für und Wider sei noch in der Diskussion. Auch an der Anpassung der beihilfefähigen Höchstsätze für Physio-, Ergotherapie sowie Logopädie arbeite das Land Berlin nun endlich und erstelle gerade den Entwurf einer aktualisierten Verordnung. Das Land Berlin hinkt hier bei der Erstattungshöhe dem Bund deutlich hinterher, obwohl die Therapeut/-innen die Bundessätze abrechnen.



Im Fokus der Konferenz standen zudem die Vorbereitung der Personalratswahlen und das Projekt „Scannen weiße Post“. Die GPR-Vorsitzende Martina Riedel trug den aktuellen Stand vor. Das Projekt nahm im Juni 2021 seinen Anfang. Am 4. April 2022 startete die Pilotierung im Finanzamt Prenzlauer Berg, weitere Ämter folgten. Sie berichtete, dass die Befragung der Mitarbeitenden und der Zwischenbericht ergab, dass Probleme beständen, aber die Vorteile diese

noch überwiegen würden. Im Oktober 2023 wurde dann eine Zentrale Scannerstelle eingerichtet. Als Probleme identifizierten Riedel sowie die anwesenden Teilnehmenden, dass die Kapazitäten für den Transport in die zentrale Scannerstelle derzeit noch nicht ausreichten. Erst mit Umzug des TFA in das neue Dienstgebäude sollen sich diese lösen lassen. U.a. müsse aktuell eine E-Mail zum Scannen im Vorfeld ausgedruckt werden. Dieses Problem soll aber mit der nächsten Unifa-Version gelöst werden. Ärgerlich sei auch, dass die Beschäftigten scanbare Post nicht von Irrläufern oder rücklaufenden Bescheiden unterscheiden können. Zudem sei das Verfahren derzeit noch nicht reversionssicher. Kritisiert wurde auch die Unübersichtlichkeit der Eingänge. Große Dokumente würden gestückelt und auf mehrere ePost-Eingänge aufgeteilt. Täglich kämen 60 bis 100 Eingänge, die es zu sortieren und zuzuordnen gilt, weil eine Sortierung der Eingänge auch noch nicht möglich sei. Das erschwere auch die Priorisierung. Die Teilnehmenden wünschen sich zudem eine Suchfunktion.



Die Teilnehmenden erhielten außerdem einen spannenden Fachvortrag der BBBank zum Thema „Versorgung im öffentlichen Dienst“. Die Personalrätekonferenz bot eine ausgezeichnete Möglichkeit, um die

Personalratsmitglieder miteinander zu vernetzen und von den Erfahrungen untereinander zu profitieren.

Sitzung Bundestarifkommission

Unter dem Vorsitz von Jens Vernia (Landesverband Rheinland-Pfalz) und seinen Stellvertreterinnen Conny Deichert (Landesverband Bayern) und Andrea Eick (Landesverband Brandenburg) trafen sich vom 21. bis zum 23. April 2024 die Kolleginnen und Kollegen der Tarifkommission der DSTG zur 110. Sitzung in Berlin.

Nach der Begrüßung wurde sich über die vergangene Tarif-/Einkommensrunde ausgetauscht. Diverse bundesweite Aktionen der DSTG im Zeitraum vom 26. Oktober bis zum 9. Dezember 2023 haben dazu beigetragen, dass das verhandelte Ergebnis erreicht werden konnte. Mediale Aufmerk-

samkeit erregten hier bspw. der Warnstreik im Scancer Wunsiedel, die Demonstrationen in Potsdam, die Kundgebung vor dem Bundesrat in Berlin mit Anwesenheit von Finanzministern und dem Verhandlungsführer der TdL sowie diverse Mahnwachen und aktive Mittagspausen. Besonders positiv wurde die hohe Streikbereitschaft der Tarifbeschäftigten und die große Unterstützung durch Beamte und Beamtinnen gesehen. Vielen Dank an all diejenigen, die sich so engagiert eingesetzt haben.



Anschließend begrüßte der DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler die Teilnehmenden der Tarifkommission und informierte über seine Arbeit und seine Gespräche. Durch die vermehrten medialen Auftritte, die vielen persönlichen Dialoge mit Verbänden, Politikern usw. hat die DSTG noch mehr an Ansehen und Bekanntheit gewonnen. Gerade im Bereich des Steuerrechts ist ihre Expertise sehr gefragt und es können Denkanstöße gegeben werden. Ziele sind u.a. ein einfacheres Steuerrecht, vollautomatisierte Antragsveranlagungen, Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Entlastung des Personals, bessere Nutzung vorhandener Daten sowie modulare Weiterbildung der Mitarbeitenden. Nach einem regen Austausch zu diesen Themen konnte die Tarifkommission dem Bundesvorsitzenden für die nächste Tarifrunde ihre Forderungen nach strukturellen Änderungen wie der Einführung einer EG 7, der stufengleichen Höhergruppierung, bessere Eingruppierungsregelungen sowie der Anpassung der Entgeltordnung an die heutigen Gegebenheiten mitgeben.

Im weiteren Verlauf wurde ein bunter Strauß an Ideen gesammelt, welche werbenden Maßnahmen ergriffen werden können und was für Mitglieder und zukünftige Mitglieder interessant sein könnte.

Außerdem wurde die Forderung nach Änderung der Entgeltordnung konkretisiert und Aufgaben an die einzelnen Bundesländer verteilt. Verstärkt wurde hierbei auf die Änderung der Größenklassen in der Betriebsprüfung eingegangen.

Zudem berichteten die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsverbände aus ihren Bundesländern. Themen waren überwiegend die Grundsteuerreform, Einsatz und Zukunftschancen der Quereinsteigenden, Jobrad, Personalmangel und -abwanderung, Ausbildung, neue Formen der Arbeitsorganisation (Desk-Sharing bspw.), außertarifliche Arbeitsbefreiung, Vorbereitung von Personalratswahlen usw.

Fazit: Vieles ist nicht so, wie es sein sollte und muss angepackt werden bzw. mit viel Energie sowie Ausdauer weiter verfolgt werden. Vieles ist durch das ständige Einwirken der DSTG auf einem guten Weg oder umgesetzt worden.

Die Tarifkommission wird sich auch zukünftig mit allen Kräften für die Belange der Mitglieder der DSTG einsetzen.

Save the Date – DSTG Berlin wird 75 Jahre

2024 gibt es nicht nur viel zu tun, sondern es gibt auch ordentlich etwas zu feiern: Die DSTG Berlin wird stolze 75 Jahre alt. Dies nimmt sie zum Anlass um gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Mitgliedern auf Vergangenes zurückzublicken und in die Zukunft zu schauen. Die Einladungen erfolgen frühzeitig.

75 Jahre

DSTG

SAVE THE DATE

25. September

2024

Arbeitstagung
Beginn: 10.00 Uhr
Abendveranstaltung
Beginn: 16.30 Uhr



GJAV-Wahl am 15. Mai 2024: Liste 2: DSTG Jugend Stark für Dich und Deine Ziele!

Am 15. Mai 2024 findet die Wahl zur Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) der Berliner Finanzämter statt. Darüber hinaus wird in jedem Finanzamt eine örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und für die gesamte Berliner Verwaltung die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) gewählt.

Warum Du Deine Stimme nutzen solltest und warum Du mit der DSTG Jugend in jedem Fall die richtige Wahl triffst, erklären wir hier:

Die JAVen sind Dein Sprachrohr gegenüber Deinem Dienstherrn und kümmern sich um sämtliche Belange der Anwärter*innen sowie der jungen Beschäftigten in der Verwaltung. Solltest Du also ein Problem haben, sind die Vertreter*innen für Dich da. Sie versuchen Dich bestmöglich zu unterstützen und bringen Deine Belange im Personalrat ein. Die JAV ist für Dich persönlich in Deinem Amt aktiv, die GJAV kümmert sich um die Themen, die alle Berliner Anwärter*innen in der Finanzverwaltung betreffen und die HJAV regelt z. B. Dienstvereinbarungen für die Anwärter*innen der gesamten Berliner Verwaltung.



Unser Team für die GJAV (v.l.n.r.): Marc Pörtner, Luisa Marinkovic, Kim Flader, Anne Horak und Jasmin Mergel

Aber was haben wir als Gewerkschaft jetzt damit zu tun? Ganz einfach: In der Regel findet eine sog. Listenwahl statt, die Du mit Sicherheit aus der Politik kennst. Jede Gewerkschaft ist berechtigt, Kandidat*innen als Wahlvorschlag einzureichen und da kommen wir als DSTG Jugend Berlin ins Spiel. Wir präsentieren unsere Kandidat*innen der einzelnen Ämter und für die GJAV. Der dbb berlin (als Vereinigung aller Fachgewerkschaften) stellt eine Liste für die HJAV-Wahlen.

Als DSTG kümmern wir uns verstärkt um die Belange der Beschäftigten in der Finanzverwaltung. Dies spiegelt sich auch in den Erfolgen der letzten Jahre wider. Auf Grund unseres Engagements wird nun jede*r Laufbahnabsolvent*in in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernommen (sofern die gesundheitliche Eignung vorliegt).

Auch die amtsärztlichen Untersuchungen wurden auf Grund unserer Bemühungen drastisch reduziert. So entfällt die amtsärztliche Untersuchung bei der Verbeamtung auf Probe, sofern keine Anhaltspunkte für eine Nichteignung auf gesundheitlicher Ebene vorliegen.

Darüber hinaus haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren für eine angemessene technische Ausstattung der Berliner Anwärter*innen eingesetzt. Die technische Ausstattung während der berufspraktischen Ausbildung ist nach unserem Wissen identisch mit der Ausstattung eines „regulären“ Arbeitsplatzes der Berliner Steuerverwaltung. Mittlerweile stellt das Land Berlin zusätzlich allen Anwärter*innen ein iPad (inklusive Pencil und Hülle) insbesondere für die Nutzung während der fachtheoretischen Ausbildung zur Verfügung.

Aufgrund des aktuellen Fach- und Arbeitskräftemangels benötigen wir Konzepte, um alle Interessierten in der Berliner Steuerverwaltung zu halten. Das nun zum ersten Mal eingeführte Konzept zum Laufbahnwechsel nach Zwischenprüfung wurde deshalb von uns angeregt und unterstützt.

Außerdem wird es künftig eine teilweise Rückführung der berufspraktischen Ausbildung nach Berlin geben. Der mittlere Dienst wird voraussichtlich mit 2 Klassen wieder an der Finanzschule ausgebildet. Eine Forderung, die wir bereits seit Jahren vertreten.

Für die DSTG Jugend werden Kim Flader und Anne Horak als Spitzenkandidatinnen in die GJAV-Wahl einsteigen. Beide bringen Erfahrung in der (G)JAV-Arbeit mit: Kim ist derzeit die erste stellver-

tretende Vorsitzende der GJAV, Anne ständiges Mitglied der GJAV und der JAV im Finanzamt Marzahn-Hellersdorf. Außerdem engagieren sich beide ehrenamtlich in der Landesjugendleitung der DSTG Jugend Berlin. Beide kandidieren auch für die HJAV auf der Liste des dbb berlin.

Kim und Anne wollen für Dich und Deine Probleme, Anmerkungen und Anregungen da sein und Dich unterstützen, denn beide wissen, wie hart der Weg „durch“ Königs Wusterhausen manchmal sein kann. Kim hat 2020 den Abschluss an der Landesfinanzschule gemacht und ist seit kurzem Bearbeiterin im Finanzamt Berlin International und kann den Aufbau der dort künftig beabsichtigten Ausbildung eng begleiten. Anne hat 2021 ihr Studium zur Diplom-Finanzwirtin abgeschlossen und ist derzeit als Sachbearbeiterin auf einem Festsetzungs- und Erhebungsplatz. Ausgebildet wurde sie in einem Amt für Körperschaften, sodass sie auch die dortigen Gegebenheiten kennt.



Für Kim sind die unzureichenden Wohnmöglichkeiten auf dem Campus am AFZ KW ein großes Problem. „Berliner Anwärter*innen müssen die Möglichkeit haben, bezahlbare Unterbringungsmöglichkeiten zu erhalten! Das gilt insbesondere für die Anwärter*innen, die einen weiten Anfahrtsweg zum Campus haben. Die Benachteiligungen gegenüber den anderen Bundesländern müssen endlich aufhören!“ - so Kim. Folgerichtig muss es dann auch Reisekostenerstattungen und Trennungsgelder für Berliner Anwärter*innen geben, um die monetäre

Schlechterstellung zumindest dahingehend zu beseitigen.

Darüber hinaus ist es Anne wichtig, dass die künftige fachtheoretische Ausbildung von zwei Klassen des mittleren Dienstes an der Finanzschule in Charlottenburg nicht die Endstation des Ausbildungsstandortes Berlin ist:

„Vielen Anwärter*innen ist vor Beginn der Ausbildung nicht bewusst, welche Belastung der regelmäßige Fahrtweg nach Königs Wusterhausen darstellt und dass eine Unterbringung auf dem Campus unwahrscheinlich ist. Künftig soll ein Teil des mittleren Dienstes in Berlin fachtheoretisch ausgebildet werden, jedoch fehlt hier noch die Möglichkeit der fachtheoretische Ausbildung des gehobenen Dienstes. Aus meiner Sicht müssen langfristig alle Berliner Anwärter*innen vollständig in Berlin ausgebildet werden“, so Anne.

Dass der Aufbau eines Berliner Ausbildungsstandortes nicht von heute auf morgen realisierbar ist, ist der DSTG Jugend Berlin bewusst. Es muss hier jedoch ständig eine Weiterentwicklung des Projektes erfolgen, die wir gerne begleiten.

Auch unsere anderen Kandidat*innen haben viel vor:



Marc, 23, aus dem FA Wilmersdorf: „Wir brauchen einen flexibleren Einsatz von eLearning!“

Wir als DSTG Jugend befürworten grundsätzlich die Lehre in Präsenz, aber trotzdem muss eLearning insbesondere in Ausnahmesituationen (wie z.B. Streik) schnell ermöglicht werden. Die technische Ausstattung liegt für solche Situationen bereits vor, sodass nur die Inhalte sukzessive so aufgearbeitet werden müssen, dass für jedes Lernmodul eLearning-Angebote vorhanden sind. Dies erleichtert zudem das Lernen z.B. bei Krankheit und Klausurvorbereitung.



Luisa, 23, aus dem FA Neukölln: „Die ZSU muss an die Bedürfnisse der Anwärter*innen angepasst werden!“

Die DSTG Jugend Berlin fordert, dass zum einen die Art und Weise der Gestaltung optimiert wird. Dabei stellen wir uns ein Modell vor, mit dem das erlernte Wissen auch „ankommen“ und vertieft werden kann, indem man die Unterrichtsblöcke zeitlich auseinanderzieht. Zum anderen wünschen wir uns eine Differenzierung der ZSU-Themen für die verschiedenen Laufbahngruppen und „Amtsarten“.



Niklas, 26, aus dem FA Mitte-Tiergarten: „Es sollte eine bessere Kommunikation mit der Schulleitung des AFZ KW etabliert werden, um die Interessen der Berliner Anwärter*innen effektiver vertreten zu können.“



Jasmin, 25, aus dem FA Lichtenberg: „Die berufspraktische Ausbildung braucht verbindliche und einheitliche Rahmenbedingungen!“



Catalina, 24, aus dem FA Neukölln: „Klausuren sind stressig genug – Wir müssen angenehmere Bedingungen schaffen!“

Die DSTG Jugend Berlin will sich dafür einsetzen, dass die Prüfungsbedingungen angenehmer werden. Das beginnt bei kleineren Prüfungsräumlichkeiten, größeren Tischen und endet bei kürzeren Fahrtwegen. Ein Prüfungsstandort in Berlin ist hierbei ein geeignetes Mittel, um zumindest einem Teil der Anwärter*innen eine kürzere Anreise zu ermöglichen.



Gabi, 21, aus dem FA FuSt: „Wir brauchen Teamtage für Anwärter*innen, um mit der Privatwirtschaft mithalten zu können.“



Konstantin, 24, aus dem FA Mitte-Tiergarten: „Die Lehrpläne in der fachtheoretischen Ausbildung lassen kaum Kapazitäten, um die relevanten Themen zu vertiefen, die auch in der berufstätigen Arbeit Anwendung finden.“

Die DSTG Jugend Berlin möchte sich daher dafür einsetzen, dass der Lehrplan entfrachtet wird. Es soll Zeit übrig bleiben, um die notwendigen Rechtskenntnisse tiefgreifend zu erlernen. Daneben braucht es Zeit, um die Methodik des Rechts und dessen Anwendung auf unbekannte Sachverhalte zu erlernen – und kein Erlernen des Sonderfalls des Sonderfalls.



Wir denken, dass wir als Interessenvertretung die richtige Wahl sind und hoffen, dass wir Euch auch davon überzeugen konnten. Setzt deshalb am 15. Mai 2024 das Kreuz an der richtigen Stelle: Liste 2: DSTG Jugend Berlin – „Stark für Dich und Deine Ziele!“

Wir bedanken uns für Euer Vertrauen
Eure Kandidat*innen der DSTG Jugend

Beihilfe: Vorsorgen mit Vollmacht

Der DSTG-Seniorenbeirat Berlin macht darauf aufmerksam, dass beihilfeberechtigte Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger, Beamtinnen und Beamte unter Umständen krankheitsbedingt in eine Situation geraten, in der sie die Beihilfe persönlich nicht beantragen können. Eine entsprechend formulierte Vorsorgevollmacht nach § 1820 BGB oder eine vorsorglich ausgestellte Vollmacht auf dem Vordruck der Berliner Beihilfestelle erspart Probleme und Stress.

Nach den Berliner Beihilfavorschriften darf grundsätzlich nur die/der Beihilfeberechtigte selbst Anträge stellen. Im Rahmen der Vertretung/Bevollmächtigung kann aber der Beihilfeanspruch auch durch andere Personen wahrgenommen werden. Die DSTG empfiehlt allen Berliner Beihilfeberechtigten, persönlich mit der Vorsorgevollmacht oder dem Vordruck der Berliner Beihilfestelle Vorsorge für die Beihilfeangelegenheiten zu treffen. Die bevollmächtigte Person hat dann bei der ersten Antragsstellung die Vollmacht mit dem Beihilfeantrag einzureichen.

Impressum:

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin, Kluckstr. 8, 10785 Berlin

Tel.: 030-21473040

Fax.: 030-21473041

Internet: www.dstg-berlin.de

E-Mail: info@dstg-berlin.de; redaktion@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Oliver Thiess

Redaktion: Sandra Heisig, Sandra Kothe, Oliver Thiess, Harriet Schleyer

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Oliver Thiess

Druck: eXtremdruck, Rödenauen 18, 96465 Neustadt b.Coburg

Auflage: 7.500 Exemplare – kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin/des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.

Mitteilung von Änderungen Ihrer Mitgliedsdaten

Bitte teilen Sie Veränderungen Ihrer Mitgliedsdaten der DSTG Berlin immer zeitnah mit. Das können z.B. Beförderung/Höhergruppierung, Veränderung des Arbeitszeitanteils, Wechsel des Amtes, Namens-, Adressänderung, Änderung der Bankverbindung oder der Pensions-/Renteneintritt sein.



Telefon: 030-21 47 30 40

Fax: 030- 21 47 30 41

Mail: info@dstg-berlin.de

Nutzen Sie dazu gern die im QR-Code hinterlegte Veränderungsanzeige.